

Mainzer Direktkandidaten lehnen Kohlekraftwerk ab

FDP-Kandidat Brüderle antwortet nicht

Mainz, 21.9.2009. Die Mainzer Direktkandidaten für die Bundestagswahl lehnen den Bau des in Mainz geplanten Kohlekraftwerks ab. Dies ist das Ergebnis einer Befragung durch die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) im Vorfeld der Bundestagswahl. Einzig FDP-Kandidat Rainer Brüderle verweigerte die Beantwortung der Fragen und meidet so eine klare Positionierung in Sachen Kohlekraft.

„Die Beantwortung unserer Befragung belegt einmal mehr, dass das in Mainz geplante Kohlekraftwerk keinerlei politischen Rückhalt mehr genießt“, bewertet KoMa-Vorstand Christoph Wirges die Aussagen der Direktkandidaten. „Einzig die FDP weigert sich, den Bürgern gegenüber eine klare Position zu beziehen. Herr Brüderle verhält sich da nicht anders als seine Prateifreunde auf kommunaler Ebene: ‚Bloß nicht mit einer klaren Aussage Pro, oder Contra Kohle erwischen lassen.‘ Wie ein Bürger, für den dieses Thema wichtig ist, diese Partei wählen soll, bleibt ihr Geheimnis.“

Mit einem klaren und unmissverständlichen „Nein“ antworteten Ute Granold (CDU), Michael Hartmann (SPD), Tabea Rössner (GRÜNE) und Felix Leinen (ÖDP) auf die Frage, ob sie die Pläne zum Bau eines Kohlekraftwerks in Mainz unterstützen. Während Rössner und Leinen für sich in Anspruch nahmen, dass sie von Anfang an vehement gegen die Pläne kämpften, erklärte SPD-Kandidat Hartmann, dass für ihn auch das Ergebnis der Kommunalwahl entscheidend gewesen sei: „Bei den Kommunalwahlen am 7. Juni haben zahlreiche Mainzerinnen und Mainzer mit dem Stimmzettel gegen den Kraftwerksbau gestimmt. Als Demokrat nehme ich dieses Votum ernst. Generell ist der Bau von Kohlekraftwerken kritisch zu bewerten.“

Die Kandidaten von CDU, GRÜNEN und ÖDP sehen einen Mangel an Einflussmöglichkeiten politischer Gremien auf die Geschäftspolitik von Stadtwerken und KMW. Beide Gesellschaften befinden sich in kommunaler Hand, folgen aber bis heute nicht den politischen Vorgaben des Mainzer und Wiesbadener Parlaments. Alle drei Direktkandidaten kündigen daher Schritte an, mit denen der Einfluss der Parlamente auf die Gesellschaften erhöht werden soll. So wolle die Mainzer CDU eine Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH prüfen, kündigt Granold an. Konträr hierzu findet SPD-Kandidat Hartmann, dass der Einfluss der Wählerinnen und Wähler bei der KMW so groß sei, wie sonst nirgendwo.

Erfreulich klar positionieren sich auch alle Kandidaten gegen Überlegungen der Bundesregierung, künftig neue Kohlekraftwerke mit bis zu 15% Investitionskostenzuschüssen zu unterstützen. Alle Kandidaten lehnen dies klar ab und fordern stattdessen die Unterstützung von Energiesparen und dem Ausbau erneuerbarer Energien. GRÜNEN-Kandidatin Rössner kündigte darüber hinaus an, sich im Bundestag für eine schnellere Verknappung von CO₂-Zertifikaten stark zu machen. Dies hätte aufgrund steigender Zertifikats-Preise auch direkte Folgen für die Wirtschaftlichkeit und Laufzeit von Kohlekraftwerken.

Überraschend deutlich fordert SPD-Kandidat Hartmann in seinen Antworten einen Stopp des Kohle-Projekts: „Trotz des auch daraus entstehenden, finanziellen Schadens, ist spätestens jetzt eine Umkehr unvermeidlich. Diese darf aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Ein Festhalten an nicht mehr verwirklichtbaren und sich nicht rechnenden Plänen gefährdet aber auch Arbeitsplätze.“